

Bericht über das 31. Kolloquium der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK) vom 21.-23. Februar 2003 in der Ev. Akademie Iserlohn zum Thema „Demokratien im Krieg“.

<http://www.afk-web.de>

Demokratien im Krieg

Peter Schlotter

1. Fragestellung und Zielsetzung des Kolloquiums

In Politik und Wissenschaft ist die These weitverbreitet, dass die demokratische Verfasstheit eines Staates sein außenpolitisches Verhalten in Richtung einer friedlichen Politik beeinflusst. Die Behauptung einer (prinzipiellen) Friedfertigkeit demokratischer Staaten ist in zahlreiche Regierungserklärungen sowie in außen- und sicherheitspolitische Konzepte und Strategiepapiere eingeflossen und wird von der offiziellen Politik demokratischer Staaten gerne als Tatsache dargestellt. Der AFK-Vorstand hatte mit dem Kolloquium das Ziel verfolgt, diese Annahmen kritisch zu hinterfragen. Es sollte einerseits die Fragen nach der Unfriedlichkeit von Demokratien in dem oben skizzierten Argumentationsgang aufgegriffen werden. Zum anderen sollte es aber auch um die Frage gehen, wie sich Demokratien im Krieg verändern und welche Gefahren bestehen, dass die demokratischen Grundlagen einer Gesellschaft durch Krieg unterhöhlt werden. Der Tagungstitel lautete deshalb auch nicht „Demokratien und Krieg“, sondern „Demokratien im Krieg“ (siehe zur weiteren Begründung den Antrag an die DSF).

2. Verlauf des Kolloquiums

Nach der Eröffnung durch den Studienleiter an der Ev. Akademie Iserlohn Uwe Trittman und den AFK-Vorsitzenden begann das Kolloquium mit dem Vortrag von Harald Müller (Frankfurt) über „Demokratien im Krieg! – Antinomien des ‚Demokratischen Friedens‘?“, der erste Ergebnisse des Forschungsschwerpunkts an der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung vorstellte. Er betonte, dass die „monadische“ Version der Theorie des Demokratischen Friedens, nach der Demokratien generell friedlicher als Nicht-Demokratien sind, in der Wissenschaft sehr umstritten sei. Die Entscheidung der US-Administration zum Krieg sei nicht zuletzt ein Beispiel, das der theoretischen Erklärung bedürfe. Wenn schon die monadische Version nicht ohne Weiteres überzeuge, dann sei auch die dyadische, nach der Demokratien untereinander friedlich seien, erklärungsbedürftig, beruhten doch beide letztlich auf den gleichen Annahmen. Unter praktischen Gesichtspunkten habe sich – so Müller – der wissenschaftliche Diskurs über den „Demokratischen Frieden“ negativ auf die Politik ausgewirkt. „Demokratie“ sei im Verlauf der 90er Jahre zum Kriterium der Unterscheidung zwischen Freund und Feind geworden sei, sie habe die besten Chancen zur moralischen Selbstrechtfertigung geboten. Am Beispiel des aktuellen Irakkonflikts zeigte er u.a. auf, dass auch andere Rollenkonzepte wie „Führungsmacht“ oder „Zivilmacht“, „special relationship“ oder historische Bedingungen für das Verhalten zum Krieg eine Rolle spielen könnten. Als weiteren Punkt betonte er die Differenzen zwischen Regierungen und den jeweiligen Öffentlichkeiten und zog daraus den Schluss, dass letztere geringer manipulierbar seien als bislang angenommen. Der Irakkrieg sei ein „hochbrisanter Test“ der Theorie vom „Demokratischen Frieden“.

Als zweiter Referent behandelte Bernd Greiner (Hamburg) das Thema „Krieg und Zivilgesellschaft in den USA – Erblasten des 20. Jahrhunderts“. Dazu beleuchtete er zunächst die Situation der US-amerikanischen Gesellschaft nach dem Ersten Weltkrieg: Die USA hätten ihre Truppen sofort demobilisiert, bis Ende der 30er Jahre habe auch eine langjährige Kampagne des Militärs dessen gesellschaftliche Marginalisierung nicht abbauen können. Die Existenz von Militär, vor allem von

Landstreitkräften, sei von der überwältigenden Mehrheit in Politik und Wirtschaft als letztlich mit einer bürgerlich-liberalen Gesellschaft nicht vereinbar angesehen worden. Vor diesem Hintergrund sei der Isolationismus der 30er Jahre als „aufgeklärter Antimilitarismus“ zu verstehen. Der Politikwechsel in der ersten Hälfte der 1940er Jahre sei mit der „Politischen Ökonomie der Angst“ erklärbar. Bereits vor Pearl Harbour sei eine Entwicklung beobachtbar gewesen, in der Präsident Roosevelt die „Gespenster der wirtschaftlichen Depression“ mit einer kollektiven Selbstmobilisierung habe bekämpfen wollen. Die Verknüpfung von Innen- und Außenpolitik erfolgte unter dem Motto „uneingeschränkter Sicherheit und Freiheit von Furcht“, für dessen Realisierung sich durch den Angriff Japans und die Kriegserklärung Deutschlands ein „window of opportunity“ ergab. Diese Entwicklung habe sich – so Greiner – nach dem Zweiten Weltkrieg fortgesetzt, es sei zu einer Mischung aus Allmacht und Ohnmacht gekommen. Daraus erkläre sich u.a., dass es nicht – wie noch nach 1918 – zu einer weitgehenden Demobilisierung kam, sondern der Wunsch nach einer „permanent preparedness“ zum Streben nach militärischer Überlegenheit führte, die mit einer Hegemonie von Sicherheitsdiskursen und einer schleichenden Entmachtung der Zivilgesellschaft einherging. Greiner stellte die Entwicklung seit den 40er Jahren unter die drei Schlagworte „culture of fear“ – „Selbstmobilisierung“ – „culture of secrecy“. Als Ergebnis ließ sich – unter der Perspektive der Theorie des „Demokratischen Friedens“ – feststellen, dass vor allem die „political culture“ in den einzelnen Demokratien stärker in der Analyse berücksichtigt werden sollte.

In den fünf parallel stattfindenden Arbeitsgruppen (siehe das Programm im Anhang) konzentrierte sich die AG 1 auf die Frage „Aus welchen Gründen führen Demokratien Krieg?“. Sven Chojnacki (Berlin) stellt in einer quantitativen Studie die Befunde der Kriegsursachenforschung zur Kriegsbeteiligung von Demokratien seit 1945 vor. Er wies u.a. darauf hin, dass an zwei Dritteln der zwischenstaatlichen Kriege seit 1945 Demokratien beteiligt waren. Weiterhin verwies er auf einen Wandel des Krieges in mehrfacher Hinsicht: Zunahme der Zahl der Kriege, Bedeutungsverlust zwischenstaatlicher Kriege gegenüber innerstaatlichen und Wandel der Kriegsformen („Neue Kriege“). Chojnacki stellte die These auf, dass u.a. ein gewandeltes Normsystem, das humanitäre Interventionen zulasse, einen Beitrag zum Wandel des Krieges leiste und die Norm der Demokratisierung durchaus kriegsfördernd gewirkt habe.

Christopher Daase (Brüssel) („Krieg und Interessenpolitik: Die Bedeutung ‚neuer Risiken‘ und gewandelter Sicherheitsinteressen“) stellte die Hypothese auf, dass die Faktoren, die den „Demokratischen Frieden“ erklärten, ebenso gut die Kriegsbeteiligung von Demokratien begründen könnten. Er erläuterte dies an den drei Hauptklärungsansätzen der Theorie: demokratische Institutionen, demokratische Werte und Ideale; die Neigung zur Bildung von Sicherheitsgemeinschaften. Eine Politik, die „nach innen“ durchaus friedensfördernd sei, könne „nach außen“ kriegsfördernd sein, was die Theorie des „Demokratischen Friedens“ vor ziemliche Probleme stelle.

Im Mittelpunkt des Referats von Jutta Koch (Berlin): „Demokratien, demokratische Defizite und Krieg: Elitendiskurse, Interessengruppen und politische Entscheidungsprozesse bei Kriegseintritten“ stand eine Analyse der Politik der USA im derzeitigen Irak-Konflikt. Drei Themen wurden abgehandelt: Die Kriegsziele der USA, die nicht unwesentlich durch ihre Stellung als Hegemonialmacht beeinflusst seien; das Verhalten der innenpolitischen Akteure, das durch die Selbstentmachtung des Kongresses und die diskursive Hegemonie konservativer Positionen charakterisiert sei; und die von den Akteuren in den USA perzipierten Spielräume für eine unilaterale und hegemoniale Sicherheitspolitik.

In der AG 2 („Mit welchen Legitimationsmustern führen Demokratien Krieg?“) ging Wolfram Wette (Freiburg) der Frage nach, inwieweit die rhetorische Figur vom „Wiedergänger Hitlers als Argument oder Instrument“ diene. Hitler-Vergleiche hätten erst nach 1990 einen Aufschwung erfahren, als konventionelle Kriege wieder führbar wurden. Ihre Verwendung stelle ein untrügliches Indiz für eine bereits erfolgte Kriegsentscheidung dar. Im Gegensatz zur Geschichtswissenschaft, wo Vergleiche als wichtiges Erkenntnisinstrument dienen könnten, gehe es im politischen Diskurs mit einem Vergleich nicht um Differenzierung, sondern um die Mobilisierung von Gefolgschaft. Abschließend stellte er die These auf, dass sich die Legitimationsmuster von Diktaturen und Demokratien am Vorabend eines Krieges angleichen: die Berufung auf eine reaktive Verteidigungssituation, die Verschleierung der eigentlichen Kriegsziele und die „Konstruktion“ des Gegners als „bösen Feind“.

Petra Weyland (Hamburg) referierte zur „Konstruktion eines Feindes: Dem Fall Islam“ Dieses bereits alte Feindbild sei durch die Anschläge vom 11. September verstärkt worden. Dabei beeinflussten sich Feindbilder im Westen und im Islam wechselseitig und wiesen erstaunliche Ähnlichkeiten auf (z.B. Vorwurf der Aggressivität und Frauenfeindlichkeit). „Der Islam“ werde dabei als essentialistisches Feindbild mit unveränderlicher Wesenheit konstruiert, wozu besonders beigetragen habe, dass v.a. islamische Extremisten zitiert würden. Aber auch Teile der Orientalistik hätten durch die Beschränkung auf die Editierung von Texten ohne Einordnung in einen größeren Kontext nicht zu einer angemessenen Problematisierung beigetragen. Als Fazit hielt sie fest, dass die Fixierung auf kulturelle Perspektiven falsch sei und es gelte, sich von Pauschalisierungen in der Betrachtung „des“ Islam zu lösen.

Susanne Kassel (Göttingen) („Krieg im Namen der Frauenrechte? Der Beitrag der Medien zu einer Legitimationsfigur“) vertrat die These, Frauenrechte würden zunehmend von den Medien instrumentalisiert und in die Kriegslogik eingebunden. Im Krieg gegen Afghanistan hätten sie sich besonders dafür geeignet, einen „Kampf zwischen Zivilisation und Barbarei“ zu konstruieren, wobei die Barbarei durch den Islam und der Islam durch Frauenmissachtung repräsentiert werde. Dabei sei das „Frauen-Argument“ im politischen Diskurs erst dann prominent geworden, als andere Kriegs begründungen nicht mehr verfangen hätten. Bezogen auf die Frage nach den Legitimationsmustern von Kriegen, die Demokratien führten, sei dies eine Legitimationsfigur, die ganz besonders demokratiespezifisch sei.

In AG 3 („Mit welchen Mitteln und Methoden führen Demokratien Krieg?“) beschäftigte sich Martin Kahl (Saarbrücken) mit dem „Zusammenhang von Computertechnologie und Strategieentwicklung“. Wissen werde dabei wichtiger als Feuerkraft, und das eigentliche Gefechtsfeld werde unter Auflösung klarer Frontlinien erweitert. Mit Blick auf die „Revolution in Military Affairs“ (RMA) stelle sich die Frage nach deren politischer Steuerung und ihrer demokratischen Kontrollierbarkeit. Am Beispiel der USA wurde der Zusammenhang der Entwicklung von Computertechnologie und Militärstrategie illustriert. Dabei sei zu beobachten, dass technologische Innovationen von der Industrie „eigendynamisch“ vorangetrieben würden, in der Hoffnung, sie dann an das Militär verkaufen zu können. Dem Staat käme allerdings die Setzung der militärstrategischen und militärtaktischen Rahmenbedingungen zu, in deren Bahnen die technologische Entwicklung verlaufe. Ein weiterer zentraler Aspekt war die durch den Einsatz von Hochtechnologie mögliche Strategie der Opfervermeidung und die damit verbundene Senkung der Kriegsschwelle.

Christian Mölling (Hamburg) thematisierte unter dem Titel „Hightech-Armeen zwischen Professionalisierung und Privatisierung“ die Auswirkungen neuer Technologien auf die Taktiken der

Kriegsführung. Dabei ging es v.a. um die Wechselbeziehung zwischen Politik und den einsetzbaren bzw. eingesetzten Mitteln und Methoden sowie insbesondere um die Frage, wie Demokratien ihre technologische Überlegenheit nutzen. Angesprochen wurden auch die Risiken des Einsatzes wie z.B. ein „information overflow“ anstelle des früheren Informationsdefizits („fogs of war“). Während High-Tech-Waffen wie z.B. Mini-Nukes Probleme mit der Völkerrechtskonformität aufwerfen würden, seien aber z.B. auch nicht-letale Waffen als problematisch anzusehen, da sie zu einem medizinischen Rüstungswettlauf führen könnten.

Elvira Claßen (Trier) („Strategischen Informationsmedien in Kriegs- und Friedenszeiten“) bezog sich auf die Beobachtung, dass heutige Demokratien Informationsgesellschaften seien. Das heutige Mediensystem sei durch markorientierte Massenmedien und Konkurrenz geprägt. Folgen seien u.a. eine Komplexitätsreduktion, die Verwendung von Stereotypen und Schlüsselbildern, so dass die Dramaturgie wichtiger werde als Inhalte. Die Frage, wie diese Mechanismen im Krieg funktionierten, in dem Medien als ‚Targets‘ betrachtet werden, sei noch kaum untersucht. Als Wendepunkt könne man dabei den Zweiten Golfkrieg ansehen, in dem die Massenmedien als Informations- und Diskursinstanz ausgefallen seien und fast ausschließlich der Legitimationsbeschaffung gedient hätten.

In AG 4 („Mit welchen Folgen nach innen führen Demokratien Krieg?“) beleuchtete Martin Herrnkind (Lübeck) das „Polizeihandeln in der Risikogesellschaft nach dem 11. September“. Seine zentrale These lautete, dass die Polizei nicht mehr nur die beiden klassischen Polizeiaufgaben der Strafverfolgung und der Gefahrenabwehr wahrnehme, sondern als dritte Aufgabe das Risikomanagement hinzukomme. Während die Polizei bei der Strafverfolgung und Gefahrenabwehr klare Handlungsanweisungen habe und diese Aufgaben bürokratisch abarbeiten könne, seien Risiken latent, politisch definiert und bürokratisch nicht beherrschbar. Die vermeintlich vorbeugende Risikoabwehr bezeichnete er als symbolisches Handeln, das allerdings Einschränkungen der Bürgerrechte zur Folge habe.

Corinna Hauswedell (Bonn) stellte unter dem Titel „Entgrenzungen zwischen ‚Terror‘ und Demokratie – Historische und aktuelle Überlegungen zum Nordirlandkonflikt“ die Verweigerung von Demokratie als konstituierend für die Gewaltstrukturen in der Region dar. Erst 1998 hätten die Erschöpfung der Kriegsparteien angesichts der hohen Verluste und die Vermittlung durch die USA das Belfaster Friedensabkommen ermöglicht. Danach sei es aber nicht gelungen, ein unparteiisches Gewaltmonopol zu etablieren, insbesondere im Hinblick auf die Polizeireform.

Den dritten Beitrag zur Arbeitsgruppe präsentierte Uta Klein (Kiel). Sie beschäftigte sich mit „Heldendiskonstruktionen und Geschlechterdemokratien am Beispiel Israel“. In der Literatur gelte das Militär normalerweise als klassischer Männerbund. Aus dem Ausschluss von Frauen aus den Streitkräften ergäben sich negative Folgen für die Geschlechterdemokratie. Da jüdische Frauen in Israel der Wehrpflicht unterliegen, stelle sich die Frage, ob dies zu einer besseren Geschlechterdemokratie führe. Klein verneinte dies, da auch in Israel Frauen gesellschaftlich schlechter gestellt seien als Männer. Als grundsätzliche Erklärung führte sie an, dass das Heldenbild in Israel nach wie vor männlich konnotiert sei und mit einer identitätsstiftenden Bedeutung der Streitkräfte einhergegangen sei.

In der AG 5 („Mit welchen Folgen nach außen führen Demokratien Krieg“) widmete sich Werner Ruf (Kassel) den „Double Standards“ in der westlichen Politik. Es sei eine Wahrnehmung der Realität nach der Kategorie „Wir und die Anderen“ zu beobachten, wobei „die Anderen“ die islamische Welt sei. Dieses Weltbild spiegele sich u.a. im ungleichen Umgang mit UN-Resolutionen in den Fällen Irak und

Israel wider. Die Duldsamkeit des Westens gegenüber dem israelischen Verhalten habe dazu geführt, dass der Irak in großen Teilen der islamischen Welt für den Widerstand gegen die USA und Israel stehe. „Double Standards“ würden darüber hinaus v.a. auch durch die neue „National Security Strategy“ der USA deutlich, da diese eine Verletzung des in der UN-Charta enthaltenen Verbots der Androhung von Gewalt darstelle. Dies werfe gravierende Fragen an die Theorie des „Demokratischen Friedens“ auf. Schon in und mit der Entstehung des Nationalstaates seien Kriege gegen die „Anderen“ geführt worden. Demokratien seien bislang nationalstaatlich verfasst. Dies könne eine Erklärung dafür sein, dass Demokratien in ihrem Außenverhalten genauso unfriedlich wie Nicht-Demokratien sind.

Im zweiten Referat beschäftigte sich Sabine Kurtenbach (Hamburg) mit „Auswirkungen des Kriegs gegen den Terror“ auf eine einzelne Konfliktregion, hier Kolumbien als „eine (halbe) Demokratie im Krieg“. Charakteristisch für die kolumbianische Demokratie seien die Anwendung von Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung einerseits und der systematische Ausschluss oppositioneller Gruppen aus dem Machtkartell der herrschenden Parteien andererseits. Die seit den 80er Jahren unter dem wachsenden Einfluss der Drogenkartelle bereits bestehende Dynamik zu ansteigender Gewalt habe sich seit dem 11. September noch einmal beschleunigt.

Der abschließende Beitrag von Martina Fischer (Berlin) handelte von der Frage, ob „Zivile Konfliktbearbeitung“ angesichts der neueren Entwicklungen noch eine Chance habe. Sie stellte zunächst fest, dass gerade von Demokratien geführte Kriege u.a. genau jene Strukturen zur Folge hätten, die dann wieder als Legitimation von Kriegen gebraucht würden. Da die Prozesse der Privatisierung und Globalisierung von Gewalt mit dem Zerfall von Staatlichkeit verbunden seien, sei es erforderlich, die Reste von staatlichen und gesellschaftlichen Funktionsleistungen zu stärken. Ein Ansatzpunkt sei der Entzug von Ressourcen für Kriegsökonomien, die eng mit der von Demokratien beherrschten globalen Wirtschaft verbunden seien.

In der Abschlussveranstaltung am Sonntagvormittag hielt Hanne-Margret Birckenbach (Gießen) ein einleitendes Referat mit dem Titel „Pazifistische Demokratie? Prävention oder Präventivkrieg?“, wobei sie das Begriffspaar „pazifistische Demokratie“ als Möglichkeit und Utopie benannte. Ausgehend von Kant entwickelte Sie ein drei Bereiche berührendes Arbeitsprogramm: Die Friedensfähigkeit von Demokratien soll dabei durch eine Verfeinerung der Machtteilungsfunktion, insbesondere im Bereich der Militär- und Sicherheitspolitik, gefördert werden. Die völkerrechtliche Einhegung des Krieges bleibe unzureichend, solange keine Verpflichtungen zur Abrüstung einerseits und zur zivilen Gewaltverhütung andererseits bestünden. Insbesondere die Zivile Konfliktbearbeitung werde zur Zeit zum Anhängsel der militärischen Konfliktintervention degradiert. Drittens plädierte sie für eine „Politisierung“ der Außenpolitik, die Gegenstand gesellschaftlicher Auseinandersetzungen werden müsse.

Die Diskussion auf dem Podium (Martina Haedrich (Jena), Thania Pfaffenholz (Bern) und Egbert Jahn (Mannheim)) drehte sich im wesentlichen um die Bewertung völkerrechtlicher Fragen vor dem Hintergrund des aktuellen Irak-Konflikts und um die Frage, was in diesem konkreten Fall Zivile Konfliktbearbeitung erreichen könnte.

Die überarbeiteten Referate des Kolloquiums erscheinen Ende des Jahres 2003 in der neu gestalteten AFK-Schriftenreihe im Nomos-Verlag.

3. Veranstaltungen im Rahmen des Kolloquiums

Während des Kolloquiums fand die Verleihung des Nachwuchspreises der AFK (Christiane-Rajewsky-Preis) statt. Die Jury hatte sich unter 13 Bewerbungen für die Dissertation von Ulrich Schneckener (Bremen, jetzt Berlin) mit dem Titel „Differenz und Anerkennung. Modelle der Regulierung ethno-nationalistischer Konflikte in Europa“ entschieden. In seiner Laudatio würdigte Werner Ruf (Kassel) die breite empirische Grundlage der Studie und die fundierte theoretische Einordnung der Ergebnisse. Die von Dieter Senghaas betreute Arbeit ist inzwischen als Buch unter dem Titel „Auswege aus dem Bürgerkrieg. Modelle zur Regulierung ethno-nationalistischer Konflikte in Europa“ in der „edition suhrkamp“ erschienen.

Außerdem fanden Treffen des „Netzwerks Friedensforscherinnen“ und des Arbeitskreises „Militärpolitikkritik“ sowie der Jury des „AFK-Nachwuchspreises“ mit dem AFK-Vorstand statt.

Das Kolloquium war mit über 100 Teilnehmern (ca. 50 Prozent davon waren Wissenschaftlerinnen) sehr gut besucht. Von den 20 Referierenden waren die Hälfte Frauen.